



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII /221 - 23.9.1953  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Die Deutschlandpolitik des Kanzlers	S. 1
Norwegen vor Neuwahlen	S. 3
Wahrschein-Grosszügigkeit gab schiefe Bilder	S. 5
Zur Gründung des deutschen Erziehungsbeirates	S. 7

## Der Kanzler und die Viererkonferenz

(sp) Die Hoffnung vieler Wähler, dass der Bundeskanzler nach den Wahlen den Bemühungen um das Zustandekommen einer Viererkonferenz den Vorrang in seiner Politik einräumen wird, scheinen sich nicht zu erfüllen. Alles, was Dr. Adenauer bisher über die Möglichkeit einer Lösung der deutschen Frage erklärte oder erklären liess, läuft auf die alte These vom Vorrang der sogenannten Integration vor der Wiedervereinigung hinaus. Die deutsche Einheit wird zu einem in unabsehbarer Ferne liegenden Ziel gemacht, indem für ihr Zustandekommen jetzt sogar die Befreiung Polens als Vorbedingung genannt wird. Genau das geschah durch Dr. Adenauers Feststellung, der Status der deutschen Ostgebiete könne dereinst mit der Regierung eines freien Polens vertraglich geregelt werden.

Nicht weniger unrealistisch sind Adenauers Vorstellungen von der möglichen Konkretisierung der Anerkennung des sowjetrussischen Sicherheitsbedürfnisses. Es muss auf die Deutschen als Hohn wirken, wenn ein französischer Radikalsozialist Adenauers Politik mit den Bemühungen Bismarcks um "Grossdeutschland" vergleicht. Wir sind überzeugt davon, dass selbst im Falle des Zustandekommens einer Viererkonferenz die Haltung des Kanzlers unverändert bleiben wird. Für die geringste Chance, die vor 18 Monaten in Bonn und Paris unterzeichneten westdeutsch-westeuro-

päischen Verträge zum Leben zu erwecken, verzichtet er auf die Entwicklung einer wirklichkeitsnahen Konzeption für Deutschlands Einheit. Sollte der Bundeskanzler bei seinen Bemühungen um die Verträge Erfolg haben, dann ist an Anstrengungen für die Einheit noch weniger als bisher zu erwarten; denn dann werden diese Fragen nach den Bestimmungen des Generalvertrages für fünfzig Jahre der Zuständigkeit der Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs unterworfen. Und die Bundesregierung muss sich jeder Politik enthalten, die auch nur zu einer "Beeinträchtigung" der Handlungsfreiheit der Alliierten führen könnte.

Auf der anderen Seite kommt der Bundeskanzler selbst mit seiner von der Teilung Deutschlands ausgehenden Politik nicht voran. Der Kreis der sechs Länder, mit denen Adenauer eine Integration wenigstens eines Teils des freien Europas zustandebringen möchte, kämpft nicht um europäische Lösungen, sondern um nationale Fragen. Von den praktischen Erfahrungen in der Montan-Union über diese destruktiven Formen der internationalen Auseinandersetzung um die Bonner und Pariser Verträge bis zu den unverbindlichen Deklamationen über die Schaffung einer europäischen politischen Gemeinschaft ist die Politik der Integration bisher eine Kette von Niederlagen Europas gewesen. Gerade die Verträge haben sich auch auf dieser Ebene als ungeeignet erwiesen, diese Kette zu durchbrechen.

Wäre es sonst denkbar, dass ihr Inkrafttreten 18 Monate nach der Unterzeichnung noch nicht abzusehen ist und die Partnerregierungen Adenauers die Verträge so beurteilen als gehe es im Jahre 1953 darum, sich vor der Bundesrepublik und vor einer Wiedervereinigung zu schützen? Wenn es einen Weg gibt, die damit gekennzeichnete Stagnation der Entwicklung zur europäischen Fusion zu überwinden, dann liegt er in der Vergrößerung des Kreises der eine neue Partnerschaft begründenden Staaten. Der Bundeskanzler indessen hält an seiner Partnerschaft mit nur fünf der westeuropäischen Staaten unter Zurückstellung der Frage der Wiedervereinigung fest. Es wird eine der vordringlichen Aufgaben des neuen Bundestages sein, die Regierung zu veranlassen, den gegebenen Stillstand der gesamtdeutschen und europäischen Entwicklung zu überwinden.

Wird Norwegen seine sozialistische Mehrheit behalten?

O.P., Oslo

Im Oktober finden in Norwegen die Wahlen zum Parlament statt: einen Monat nach Deutschland. Diese norwegischen Wahlen werden wahrscheinlich die letzten der Serie des Jahres 1953 sein, die mit Österreich begann. Aber sie sind in einer Beziehung die wichtigsten: denn in ihnen geht es um die rein sozialistische Regierung mit einer sozialistischen Mehrheit in Europa.

Wird die norwegische Arbeiterpartei ihre Mehrheit behaupten? Die Frage ist deshalb nicht ohne weiteres zu beantworten, weil diesmal auch hier eine Änderung des Wahlgesetzes mitspielt. Es sind die ersten Wahlen unter einem neuen System.

Das alte Wahlgesetz hatten die bürgerlichen Parteien geschaffen, als die steigenden, aus den Arbeiterbezirken hervordringenden sozialdemokratischen Stimmenzahlen zum erstenmal die "Gefahr" einer Arbeitermehrheit ankündigten; da beschloss die bürgerliche Mehrheit, zum Schutz gegen die Sozialdemokraten, dass ein bestimmter Teil der Parlamentssitze den nichtstädtischen Wahlkreisen vorbehalten sein müsse: eine Prämie für die damals konservativen oder liberalen Landwahlkreise. Aber siehe da: seitdem ist die norwegische Arbeiterpartei in die Bergbezirke und die Fischerdörfer eingedrungen - und die Begünstigung dieser Wahlkreise hat sich aus einem Schutz gegen sie in einen Vorteil für sie verwandelt. So sehr, dass jetzt die Bürgerlichen immer dringender eine Reform dieses von ihnen geschaffenen "Unrechtes" verlangen. Und die Arbeiterpartei gab aus Gerechtigkeitsgefühl nach: das ist der Inhalt der vor einigen Monaten beschlossenen Wahlreform, die eine gewisse Neuverteilung der Wahlkreise und die Beseitigung der Begünstigung der Landwahlkreise brachte.

Land alter Demokratie

In Zahlen bedeutet das, dass, wenn schon das letztmal unter dem nun geltenden Wahlrecht gewählt worden wäre, die Arbeiterpartei nicht 85 von 150 Mandaten inne hätte, die sie jetzt besitzt, sondern nur 76, also eine ganz knappe Mehrheit. Es bedeutet, dass die Arbeiterpartei bei der kommenden Wahl auf jeden Fall Sitze verlieren muss; aber dass sie, wenn sie mit 78 oder 79 Mandaten aus der Wahl hervorgeht, in Wahrheit einen schönen Sieg errungen haben wird. Mit einer Mehrheit von zwei Stimmen im Parlament kann man ein demokratisches Land wie Norwegen unangefochten und sicher regieren.

Denn Norwegen ist eine alte Demokratie. Seine Bauern und seine Fischer waren immer arm und immer frei. Hier lernt man verstehen, was es für ein Land bedeutet, wenn es nie Feudalismus, nie Gutsherren und Hörigkeit gekannt hat: das ist ein Fundament der Freiheit. Norwegen kannte nur Adel dänischen Ursprungs; und es hat ihn durch Parlamentsbeschluss schon 1821 abgeschafft. Norwegen kannte Fremdherrschaft: erst des dänischen Königs und seiner Beamten, dann der Schweden und in jüngster Vergangenheit der Deutschen; und in der Tradition des Rebellenkampfes gegen fremde Macht ist dieses kleine und arme, ehemals missachtete und immer trotzig Bauer- und Arbeitervolk historisch geworden.

"In Norwegen gibt es keine Klassenunterschiede", steht im Programmführer zum Gebrauch für amerikanische Touristen. Und äusserlich, in der Bahn und im Gasthaus, im Gehaben des Volkes, ist das zweifellos richtig. Natürlich gibt es auch in Norwegen Klassegegensätze: es gibt reiche Kaufleute und Reeder, und es gibt Arbeiter und Kleinbauern und arme Fischer. Die Lebenshaltung des ganzen Volkes ist um ein geringes niedriger als die des schwedischen; und gleich Schweden hat Norwegen keine Arbeitslosigkeit.

### Umstrittenes Preisgesetz

Das alles ist ein Ergebnis einer nun fast zwanzigjährigen Regierung der norwegischen Arbeiterpartei. (Nur während des Krieges und unmittelbar danach erweiterte sich freiwillig die Regierung zu einer Koalition aller Parteien mit Ausnahme der Faschisten, die heute kaum existent sind. Nach dem Kriege wurde der faschistische Verräter Quisling hingerichtet, und später wurden die Kommunisten zuerst aus der Regierung, dann aus dem Parlament hinausgewählt; sie haben jetzt, unter dem neuen Wahlsystem, Aussicht, mit einigen wenigen Mandaten wieder hineinzukommen). Natürlich gibt es in Norwegen Klassegegensätze. Daher gibt es heftige Kämpfe vor allem um die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Sie, die sozialistische Regierung, hat erst vor kurzem im Parlament das sogenannte Preisgesetz annehmen lassen, das in Wahrheit ein massvolles, aber umfassendes Wirtschaftslenkengesetz ist. Es gibt nämlich der Regierung nicht nur Vollmachten zur Preisregelung und Preiskontrolle; es bestimmt auch, dass das Parlament alljährlich eine Höchstgrenze des Gewinnes der privaten Unternehmungen festsetzt (wovon die Regierung Ausnahmen bewilligen kann). Die Regierung kann ferner allen Unternehmungen von bestimmter Grösse produktionsregelnde Aufträge geben, sowohl zur Aufrechterhaltung wie zur allfälligen Einschränkung der Produktion; und das Gesetz verschärft erheblich die bestehenden Massnahmen gegen die Kartelle. Dies alles ist nicht mehr, sondern weniger, als in den letzten Jahren an Wirtschaftslenkung praktisch bestanden hat; dafür wird es jetzt als ständige Einrichtung und für die Dauer gesetzlich verankert.

### Imponierende Erfolge

Die bürgerlichen Parteien und ihre Pressen haben dieses Gesetz wütend bekämpft. Sie werden voraussichtlich auch noch den kommenden Wahlkampf damit bestreiten. Aber sie haben bereits in dem Kampf um das Gesetz so viel gezetert und so viele Teufel an die Wand gemalt, dass sie schwerlich damit die Bevölkerung noch einmal in Schrecken versetzen können. Auch die gewisse sozialpolitische Demagogie, die den bürgerlichen Parteien zumeist vor Wahlen einfällt, insbesondere in der Wohnungsfrage, ist ihnen durch die Taten der sozialistischen Regierung und den sozialistischen Gemeindeverwaltungen, insbesondere Oslos, erschwert: 35 000 neue Wohnungen wurden allein im letzten Jahr in Norwegen gebaut, 130 000 Wohnungen seit dem Krieg - mehr kann keine bürgerliche Partei verlangen oder versprechen oder gar herstellen. Oslos viele neue Volkswohnbauten widerlegen jede Demagogie und zeugen für sozialistische Leistung.

Aber dazu kommt vor allem: die norwegische Arbeiterpartei wird auch von einem erheblichen Teil der Landbevölkerung, der Kleinbauern und Fischer gewählt. Schon bei der letzten Wahl war die sozialistische Mehrheit in diesem Land eine Mehrheit von Kleinbauernstimmen. Die Arbeiterpartei ist die grösste Bauernpartei ihres Landes. Nimmt man dazu die freiheitliche Tradition des ganzen Volkes und die alte radikale Tradition eines guten Teiles der norwegischen Intellektuellen mit der Arbeiterschaft zu gehen: das alles ist kein schlechtes Vorzeichen für die Behauptung der einzigen sozialistischen Mehrheit in Europa - und damit für einen Sieg der sozialen Demokratie.

Merkwürdige "Import"-Stimmen - Zweierlei Mass der Bundespost

U. Goslar, Mitte September

Die Schlussbilanzen der Kreiswahlämter für die Bundestagswahl ermöglichen nachträglich manchen interessanten Einblick in den Mechanismus des Wahlapparates. Sind zwar solche nachträglichen Betrachtungen insofern platonischer Natur, als sie am Endergebnis nichts mehr ändern, so geben sie doch Fingerzeige, wie es in künftigen Fällen anders und besser zu machen sei.

Über die grosszügige Handhabung der Ausgabe von Wahlscheinen, die statt einst nur in den Ausgabeländern bei dieser Wahl im gesamten Bundesgebiet Gültigkeit hatten, braucht kein Wort verloren zu werden. Aber auch die Grosszügigkeit muss ihre Grenzen haben, und dazu sind eindeutige und klare Begriffsbestimmungen notwendig. Wie konnte es zum Beispiel geschehen, dass in den Harz hunderte von Bussen mit Fahrgästen aus aller Herren Bunderländern geschleust wurden, die durchweg mit Wahlscheinen ausgerüstet waren, obwohl Wahlscheine an Tagesausflügler - und das ist das Gros der Ausflugsreisenden - nicht ausgegeben werden sollten? In Clausthal-Zellerfeld wurden an Wahlsonntag allein drei Sonderfahrten-Postomnibusse aus Kevelaer festgestellt. Ist es schon eine Merkwürdigkeit, dass Bewohner von der äussersten Westgrenze der Bundesrepublik ausgerechnet am Wahlsonntag quer durch Deutschland bis an die äusserste derzeitige Ostgrenze der Bundesrepublik zur "Erholung" fahren, so nimmt es umso mehr wunder, dass diese Fahrt von der Bundespost ausgeführt wurde, die in ihrem Amtsblatt für Post und Fernmeldewesen ausdrücklich mitgeteilt hatte, dass Sonderfahrten der Post am Wahlsonntag nicht zugelassen werden! Aber wahrscheinlich liegt hier die gleiche Doppelseitigkeit vor, die in der Woche vor dem Wahlsonntag die Annahme und Beförderung von Postwurfsendungen untersagte, dafür aber dann die "Privatbriefe" von Bundeskanzler K. Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Professor Erhardt grosszügig als Postwurfsendungen beförderte.

Insgesamt gibt gerade der von Kurgästen und Touristen am Wahlsonntag überschwemmte Harz-Wahlkreis 53 mit den beiden Kreisen Gos-

ler-Stadt, Osterode, Zellerfeld und Braunlage einen vorzüglichen Überblick über die Überflutung mit "Import"-Stimmen, die das Wahlbild verfälscht und den Wahlausgang massgeblich zugunsten der CDU beeinflusst haben. Von rund 120 000 ortsansässigen Wahlberechtigten machten 107 925 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Ausserdem aber wurden von Kurgästen und Tagesreisenden 10 417 Stimmscheine abgegeben. In Hahnenklee-Bockwiese ergab sich das groteske Bild, dass 983 Einheimischen 867 Ortsfremde entgegenstanden. In dem grösseren Braunlage kamen auf 3 804 abgegebene Stimmen Ortsansässiger 1 365 Wahlscheinstimmen. Wenn sich die Stimmen der Wahlscheininhaber auch auf alle Parteien verteilen, so zeigen doch die Stimmbezirke, die wie in Braunlage das Krankenhaus und zwei Sanatorien umfassen, dass das Schwergewicht dieser nahezu "reinen Kurgaststimmen" sich zur CDU neigt.

Tatsächlich ist denn auch der Kandidat der CDU in diesem Wahlkreis mit dem Vorsprung von 3 736 Stimmen durchs Rennen gegangen. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass dieses Rennen ausschliesslich von den importierten Wahlscheinstimmen gewonnen worden ist. Dort nämlich, wo man die Wahlscheine gesondert gezählt hat, wie z.B. in Zorge (Südharz) - hier wählten auch Männer und Frauen getrennt -, zeigt sich eindeutig, dass die eingeschossene Bevölkerung dem SPD-Kandidaten Dr. Georg Diederichs das überwältigende Vertrauen geschenkt hat. Hier erzielte die SPD bei den Frauen 275, bei den Männern 239 Stimmen, während DP, CDU und FDP zusammen nicht so viel Stimmen erzielten (Frauen 232, Männer 180). Die gleiche Erscheinung zeigt sich überall dort, wo keine oder nur vereinzelt Wahlscheine abgegeben worden sind.

Die CDU hat im Harz-Wahlkreis einen Sieg errungen, der eine glatte Verfälschung des Willens der ortsansässigen Bevölkerung darstellt, die ihrem in sechs schweren Jahren bewährten Vertreter im Niedersächsischen Landtag auch für den Bundestag das Vertrauen ausgesprochen hat. Die Lehre, die aus diesem Umstand zu ziehen ist, kann nur lauten: Änderung des Wahlgesetzes durch eine Novelle, die den Einflüsse von importierten Wahlschein-Stimmen auf das Ergebnis der regionalen Wahlkreise ausschliesst, indem sie etwa nur die Landesliste wählen dürfen. Denn im Beispielsfalle hat die Harzer Wählerschaft nicht den Kandidaten ihres Vertrauens, sondern den Kandidaten bekommen, den u.a. die Wallfahrer aus Kavelaer gewählt haben. Das aber ist nicht der Sinn der Wahl.

Der Erziehungsbeirat - Brücke zwischen Bund und Ländern

O.G. Die Klagen über die Zersplitterung, ja das "Chaos" im deutschen Erziehungs- und Bildungswesen sind seit 1945 nie verstummt. Die schulpolitische Gesetzgebung ging in den Ländern meist völlig eigene Wege, dazu kamen Einflüsse der jeweiligen Besatzungsmacht, die auch die Gestaltung des Bildungswesens berührten. Die seit 1949 bestehende "Ständige Konferenz der Kultusminister" hat in mühevoller und oft nicht gerecht gewürdigter Arbeit eine ganze Reihe von dringend notwendigen Koordinierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Erziehung beschlossen. Diese Massnahmen beschränken sich aber im wesentlichen auf die technische Angleichung von Verordnungen, stiessen aber nicht zu grundsätzlichen Überlegungen über Gehalt und Gestalt der Erziehung in Deutschland vor. Unsere Schulen und Hochschulen werden den Anforderungen der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts in vielen nicht mehr gerecht. Notwendige Reformen wurden nur zögernd in Angriff genommen.

So war es begreiflich, dass von vielen Seiten der Ruf nach Übertragung kulturpolitischer Kompetenzen von den Ländern auf den Bund laut wurde. Diese Stimmen übersehen aber, dass jede Reform im Bildungswesen von der politischen Konstellation abhängig ist, und dass die blosser Verlagerung von Kompetenzen das Problem nicht zu lösen vermag. Notwendige Reformen auf diesem Gebiet bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung und einer möglichst breiten Resonanz im ganzen Volk. Die Beispiele des Auslandes zeigen, dass diese Aufgabe der systematischen Vorbereitung und der Aufschliessung der öffentlichen Meinung am wirksamsten von Gremien durchgeführt werden kann, die sowohl von der Legislative wie von der Exekutive möglichst unabhängig sind. So sind z.B. die grosse englische Erziehungsreform des Jahres 1944 wie auch die schwedische Schulreform von derartigen Gremien unabhängiger Persönlichkeiten vorbereitet worden.

Mit dem "Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen", der sich Dienstag in Bonn konstituierte, erwächst von diesem Gesichtspunkt her eine wirkliche Chance. Bundesinnenministerium

und "Ständige Konferenz der Kultusminister", die bei der Gründung des Ausschusses sozusagen Geburtshilfe leisteten, sollten nunmehr in die Tätigkeit des Ausschusses möglichst wenig eingreifen und ihm eine ungestörte Arbeit auf lange Sicht gewährleisten.

An der im Gegensatz zu anderen Ländern stärkeren konfessionellen und weltanschaulichen Zerrissenheit des deutschen Volkes, die gerade auf schulpolitischen Gebiet immer wieder starre Fronten aufreißt, wird auch dieses Gremium nicht vorbeikommen. Es sollte sich deshalb zunächst auf die Gebiete der Erziehung beschränken, über deren Reformbedürftigkeit in allen Lagern Übereinstimmung besteht. Das ist einmal die Lehrerbildung, die ~~akademischen~~ akademischen Rang erhalten muss, und zwar für die Lehrer aller Schularten. Denn die Grundvoraussetzung für jede innere und äussere Schulreform ist der pädagogisch hoch qualifizierte Lehrer, der in der Gesellschaft die Stellung einnimmt, die ihm als Erzieher der Kinder des Volkes gebührt.

Ein zweites wichtiges Gebiet, über dessen Unzulänglichkeit man sich einig ist, ist die Berufsschule. Der deutsche Facharbeiter war einst in der ganzen Welt berühmt. Heute sind durch Kriegs- und Nachkriegswirren das Leistungs- und Intelligenzniveau gerade der Lehrlinge in oft erschütterndem Masse gesunken. Der Ausbau des Berufsschulwesens und die damit zusammenhängenden Einzelmassnahmen sollten deshalb ebenfalls zu den vordringlichsten Arbeitsthemen des Ausschusses gehören.

Dass in den Beratungen des Ausschusses konstruktive Ergebnisse erzielt werden, ist bei dem persönlichen Gewicht und der pädagogischen Erfahrung der meisten seiner Mitglieder kaum zweifelhaft. Entscheidend wird jedoch sein, ob die für die Erziehung verantwortlichen Stellen in Legislative und Exekutive auch bereit sind, diese Ergebnisse in die Tat umzusetzen.

---

Verantwortlich: Albert Exler